

## **Antrag**

**der Abgeordneten Deniz Celik, Norbert Hackbusch, Christiane Schneider,  
Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer, Inge Hannemann,  
Stephan Jersch, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Neue Wege in der Cannabispolitik ermöglichen – Bundesratsinitiative unterstützen**

Das Ziel von Drogenpolitik sollte sein, die Gefahren, die durch den Drogenkonsum entstehen, zu verringern. Dazu gehören der Gesundheitsschutz von Konsumenten/-innen, der Jugendschutz, Prävention und Aufklärung, Beratungs- und Hilfsangebote und die Risikominimierung (harm reduction).

Ein kriminalisierender Umgang vor allem mit Cannabis hat keinen nachhaltigen Erfolg gezeigt, sodass ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Prävention, Aufklärung und Regulierung notwendig erscheint, um die oben genannten Ziele zu erreichen.

Um neue Wege in der Cannabis-Politik beschreiten zu können und Möglichkeiten der kontrollierten Abgabe von Cannabis zu erproben und hinsichtlich ihrer gesundheitlichen, sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu erforschen und zu evaluieren, braucht es die Möglichkeit von Modellprojekten.

2015 wurde ein entsprechender Genehmigungs-Antrag für ein Modellprojekt aus Berlin vom Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte abgelehnt mit dem Verweis auf das Betäubungsmittelgesetz, welches eine Genehmigung ganz grundsätzlich nicht zulassen würde. Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks sagte dazu im Gesundheitsausschuss am 6.11.2015 (Ausschussprotokoll Nummer 21/4): „Was aber nicht erprobt werden kann in einem solchen wissenschaftlichen Projekt, das wäre die Wirkung einer geänderten Rechtslage.“

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, das Betäubungsmittelgesetz zu ändern, um Modellprojekte zu ermöglichen. Hier kann Hamburg die Bundesratsinitiative von Bremen und Thüringen im Bundesrat unterstützen.

Der Führerschein sollte – ähnlich wie beim Alkohol – in der Regel nur dann entzogen werden, wenn eine Person berauscht am Straßenverkehr teilnimmt. Die fehlende charakterliche Eignung zur Teilnahme am Straßenverkehr sollte nicht mehr allein aus der Tatsache rückgeschlossen werden, dass die Person eine (noch) verbotene psychoaktive Substanz zu sich genommen hat. Denn so können Personen den Führerschein verlieren, die beruflich existenziell auf einen Führerschein angewiesen sind und gleichzeitig niemals den Straßenverkehr gefährdet haben.

Hamburg sollte die Möglichkeiten der Landespolitik nutzen, um repressive Ansätze der Drogenpolitik zu mildern und die Aspekte der Prävention und des Gesundheitsschutzes zu fördern. Die Festlegung der „geringen Menge“, bei der in der Regel auf eine Strafverfolgung verzichtet werden soll, erfolgt auf Landesebene. Durch eine Anhebung der „geringen Menge“ von 6 auf 10 g können Ressourcen in der Strafverfolgung eingespart werden, die an anderer Stelle für die Prävention, Therapie und Beratung eingesetzt werden können. Zudem können die negativen sozialen Wirkungen der Strafverfolgung auf Konsumenten/-innen vermindert werden.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. im Bundesrat die Initiative von Bremen und Thüringen zur rechtlichen Ermöglichung von Versuchsprojekten zur kontrollierten Cannabis-Abgabe zu unterstützen.
2. entsprechend den Regeln zum Alkoholkonsum geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit der Entzug der Fahrerlaubnis grundsätzlich auf Personen beschränkt bleibt, die unter Einfluss von Cannabis autogefahren sind.
3. eine Verordnung beziehungsweise Anweisung zu erlassen, dass beim Besitz einer geringen Menge von Cannabis von maximal 10 g von einer Strafverfolgung abgesehen werden soll, und bei einer Menge von maximal 30 g von einer Strafverfolgung abgesehen werden kann, ähnlich wie in Berlin und Schleswig-Holstein.
4. zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten zu schaffen sind, dass Konsumentinnen und Konsumenten eine Substanztanalyse des von ihnen verwendeten Cannabis durchführen lassen können, um sie vor besonders gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffen und Verunreinigungen zu schützen und über die spezifischen Gefahren der verschiedenen Cannabinoide aufzuklären.